



## Raus aus der Wohnungslosigkeit

In Berlin steigt die Zahl der Wohnungslosen seit Jahren dramatisch. Um dies zu ändern, fand Anfang 2018 mit breiter Beteiligung aller Akteur\*innen die erste Strategiekonferenz Wohnungslosenhilfe statt. Neun Arbeitsgruppen zu zentralen Themen erarbeiteten Ergebnisse, die sie auf der zweiten Strategiekonferenz im Oktober vorstellten.

Dabei hat Prävention einen hohen Stellenwert, um Wohnungslosigkeit zu verhindern. Aufsuchende Hilfe war eine Empfehlung, ebenso wie das Aussetzen von Zwangsräumungen von Schutzbedürftigen wie Familien mit Kindern oder Menschen mit Behinderungen. Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit von Bezirken, Jobcentern und Beratungsstellen wurden erarbeitet. Sehr schnell werden wir in Berlin eine Wohnungslosenstatistik einführen. Wir brauchen Daten, um das Angebot der Wohnungslosenhilfe weiterzuentwickeln.

Spezifische Angebote für wohnungslose Frauen, Familien mit Kindern und „Straßenkindern“ müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Dies gilt auch für EU-Bürger\*innen, die rechtlich schlech-

ter gestellt sind und oft gar keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben.

Menschen, die auf der Straße leben müssen, brauchen Zugang zu medizinischen Leistungen. Die Regelsysteme müssen sich auf diese Patient\*innen einstellen. Viele von ihnen sind chronisch krank, benötigen Pflege und auch Sterbebegleitung im Hospiz. Die Kältehilfe, die Menschen vor den Erfrierungstod rettet, muss so weiterentwickelt werden, dass Obdachlose dort eine stärkere Beratung erhalten.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen finden nun Eingang in die Leitlinien der Wohnungslosenpolitik, die der Senat beschließen wird. Ziel ist es, eine bedarfsgerechte gesamtstädtische Strategie der Wohnungslosenhilfe zu entwickeln und

umzusetzen. Von nun an wird jährlich eine Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe stattfinden.



Elke Breitenbach  
Senatorin für Integration,  
Arbeit und Soziales

### > Alibiveranstaltung?

Bürgerbeteiligung: „Wir finden uns nicht wieder“, so Anwohner\*innen zum geplanten Wohnquartier an der Michelangelostraße.

Weiter auf Seite 3

### > Kollwitzstraße 2

Ein Teil des Wohnhauses Kollwitzstraße 2/Saarbrücker Straße 17 wurde veräußert. Ob bei einem Teilverkauf das bezirkliche Vorkaufsrecht ausgeübt werden kann, wird nun geprüft.

Weiter auf Seite 5

### > Werde Mitglied!

Im Mieterverein: Für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, wird ab Januar 2019 der Mitgliedsbeitrag vom Jobcenter bzw. Sozialamt übernommen.

Weiter auf Seite 6

> **Info für Obdachlose**

In einem von der SPD und den Grünen unterstützten Antrag ersucht die Linksfraktion das Bezirksamt, zur Kälteperiode einen mehrsprachigen Infoflyer zu erstellen, in dem alle Beratungsangebote und Übernachtungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen genannt werden. Niemand, egal woher er oder sie kommt, darf auf der Straße erfrieren, so Max Schirmer (Linksfraktion), Vorsitzender des Sozialausschusses der BVV Pankow. Die Drucksache wurde von der BVV beschlossen.

> **Mädchen- und Frauensport**

SPD und LINKE fordern in einem Antrag, eine Fachtagung zum Thema „Mädchen- und Frauensport in Pankow“ durchzuführen. Die Belange von Mäd-



chen und Frauen sollen bei der Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes mehr berücksichtigt werden. Mädchen- und frauengerechte Ausstattung von Sportstätten, Sporthallen und Schwimmhallen sollen verbessert und Nutzungszeiten an Mädchen und Frauen vergeben werden, die nicht in Vereinen organisiert sind. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit, bei Gegenstimmen aus der AfD, beschlossen.

**Einladung BVV-Sitzung**

am **28. November 2018**

> **20. Tagung der BVV Pankow**  
17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal,  
in der Fröbelstraße 17

# Keine Gesinnungsschnüffelei

Aus der 19. Tagung der BVV vom 17. Oktober

Als Zeichen der Unterstützung für das jüngst gegründete Bündnis „Pankower Frauen gegen Rechts - Frauen\* für ein solidarisches weltoffenes Pankow“ trugen die meisten Verordneten der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Anstecker des Frauennetzwerkes. Auch die Linksfraktion

sen. Mehr als acht Millionen Euro wurden „verbaut“, um für Schüler\*innen gute Lernbedingungen zu schaffen.

Erneut versuchte die AfD-Fraktion mittels einer Anfrage mit 55 Fragen das Bezirksamt als Auskunftsgremium über diejenigen Pankower\*innen zu missbrauchen,



Demo am 13. Oktober: #unteilbar - Solidarität statt Ausgrenzung

begrüßt diese neue Plattform engagierter Demokrat\*innen. Unter anderem durch die große Demonstration #unteilbar wurde sichtbar, dass die übergroße Mehrheit der Menschen in diesem Land sich zunehmend aktiver für die Grundwerte der Demokratie einsetzt.

Eingangs der BVV-Tagung fand wie immer die Einwohnerfragestunde statt. Eine der Fragen befasste sich mit den wegfallenden Parkplätzen an der Cotheniusstraße/ Conrad-Blenkle-Straße. Dort baut der Bezirk eine Schule. Bezirksstadtrat Kühne (CDU) räumte ein, die Anwohnerschaft nicht ausreichend und frühzeitig genug informiert zu haben.

Bezirksbürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) teilte u.a. mit, dass das ehemalige Kinderkrankenhaus Weißensee an das Land Berlin bald rückübertragen wird. Denkbar auf dem Areal sind Schule, Kitas und Wohnungen. Die Sanierung der Carl-Humann-Grundschule ist abgeschlos-

die sich antifaschistisch engagieren. Der Intention, Informationen über diejenigen zu erlangen, die die AfD als „Linksextremisten“ diffamiert, erteilte Bezirksbürgermeister Benn eine deutliche Abfuhr: „Das Bezirksamt betreibt keine Gesinnungsschnüffelei“. Er konstatierte: „Die Versuche der AfD, den demokratischen und antifaschistisch-demokratischen Grundkonsens anzugreifen, die Demokraten zu spalten, wird die demokratischen Kräfte letztlich doch nur stärken... Die AfD ist eine Prüfung der Ernsthaftigkeit unserer demokratischen und humanistischen Gesinnung. Wir werden sie bestehen.“ Er schloss mit den Worten: „Pankow bleibt weltoffen und tolerant, weil Pankow die Frei-



heit liebt und das gute Leben für alle.“ Für seine Rede erhielt der Bürgermeister viel Beifall.

Matthias Zarbock  
Vorsitzender der  
Linksfraktion

## „Wir finden uns nicht wieder“

### Michelangelostraße: Bürgerbeteiligung nur Alibiveranstaltung?

Nach dem Auftaktdesaster der Bürgerbeteiligung für das neue Wohnquartier an der Michelangelostraße wurde im Sommer 2017 ein Neustart unternommen. Bürger\*innen, soziale Einrichtungen und Wohnungsunternehmen wurden vom Bezirksamt zu einem Runden Tisch eingeladen. Von September 2017 bis Mai 2018 wurden an sechs Themenabenden grundsätzliche Planungsprobleme wie

same Verdichtung an der Michelangelostraße und eine gute Lebensqualität zu bewirken, verfehlen!“

Im Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 11. September trugen die Bürger\*innen ihre Kritik differenziert vor. Die Debatte verengte sich auf die vom Bezirksamt „verordnete“ Anzahl von 1.400 Wohneinheiten. Die Antworten von Be-

Runden Tisch statt, um die Ergebnisse adäquater als bislang in den Planungsentwurf einzubringen.

Die Vertreter\*innen des „Vereins für Lebensqualität an der Michelangelostraße“ haben deutlich gemacht, dass sie das Ergebnis der Beteiligung gegenüber den 1.700 Unterzeichnenden des Bürgerantrages vertreten können müssen. Ihre Forderungen, dass der abschließende Entwurf



Kreuzung Michelangelostraße - Greifswalder Straße - Ostseestraße



Verkehr, soziale Infrastruktur, Gewerbe, Wohnqualität sowie Grün- und Freiflächen diskutiert. Die im Ergebnis formulierten Leitlinien bildeten die Grundlage für zwei Standortwerkstätten. Dort erarbeiteten die Teilnehmer\*innen im Juni vier Modelle für das Neubauvorhaben.

Alles schien auf einem guten Weg - bis zum siebten Themenabend am 6. September. Hier stellten der Architekt und das Bauamt Pankow drei Prinzipienentwürfe vor. Die beteiligten Bürger\*innen waren entsetzt. Weder fanden sich ihre Planungsmodelle in den Entwürfen wieder, noch wurden die Vorschläge des einjährigen Arbeitsprozesses ausreichend berücksichtigt. Sie stellten fest, dass „die drei Prinzipienentwürfe die Zielstellung des Beteiligungsverfahrens, eine behut-

zirksstadtrat Kuhn (B'90/Grüne) und der Amtsvertreter\*innen überzeugten auch die Bezirksverordneten nicht. Kuhn versuchte, das „Muss“ von 1.400 Wohnungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zuzuschieben. Dem widersprach die Senatorin Katrin Lompscher (LINKE) postwendend.

Im Nachgang bemüht sich nun Stadtrat Kuhn, den Dialog mit den Bürger\*innen wieder aufzunehmen. Der Prozess für die Erarbeitung des städtebaulichen Entwurfes wird um mindestens ein halbes Jahr verlängert. Die für November 2018 geplante öffentliche Veranstaltung zur Vorstellung des Gesamtkonzepts wurde auf das Frühjahr 2019 verschoben. Es finden noch mindestens zwei Rückkopplungsrunden mit den Mitwirkenden am

des Bezirksamtes gemeinsam mit den vier „Bürgermodellen“ mindestens zwei Wochen vor der öffentlichen Bürgerveranstaltung im Kiez ausgestellt werden muss und dass der Bezirksamtsentwurf ebenfalls als dreidimensionales Modell auszuführen ist, fanden in der BVV viel Unterstützung. Zudem fordert der Verein die Einrichtung eines Planungsbeirates, der den Planungsprozess auch nach dem Aufstellungsbeschluss begleitet. Das ist die letzte Chance, das Beteiligungsverfahren und dessen Ergebnis am Ende doch noch als modellhaft für eine neue Planungskultur in Berlin zu gestalten.



Michail Nelken  
Mitglied des  
Abgeordnetenhauses

## Keine doppelten Standards

### Bundesregierung reagiert zögerlich auf brutalen Mord an Journalisten

Ende Oktober reiste ich in einer kleinen Delegation mit dem Vizepräsidenten des Bundestages in die Vereinigten



Foto: April Brady / POMED

Jamal Khashoggi im Frühjahr 2018

Arabischen Emirate und nach Oman. Ein Thema bei dem Besuch war die brutale Tötung des kritischen saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi im Kon-

sulat in Istanbul. Viele Indizien deuten darauf hin, dass das Königshaus hier seine Finger im Spiel hat. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass Saudi-Arabien einer der repressivsten Staaten der Welt ist. Es gibt eine katastrophale Menschenrechtsagenda, Auspeitschungen, Todesstrafen. Parteien sind verboten, Homosexualität unter Strafe gestellt. Es bedarf deshalb nicht erst eines so schrecklichen Mordes, um Konsequenzen zu ziehen. Die Einstellung jeglicher Waffenexporte in dieses Land wäre eine notwendige Reaktion. Wir müssen dort hin keine Patrouillen-Boote verkaufen. Und wir müssen auch keine Bauteile für den Eurofighter liefern, mit denen Hochzeitsgesellschaften im Jemen bombardiert werden.

Falsch wäre es, die diplomatischen Beziehungen einzufrieren. Ich finde, dass wir auch zu schwierigen Regierungen stabile Kontakte haben müssen. Es ist richtig, wenn wir beispielsweise auch eine Botschaft in Nordkorea haben und die Nordkoreaner eine Botschaft in Berlin.

Als Linke müssen wir immer versuchen, den einen Standard einzuhalten. Wir hatten beim Attentat in Salisbury vor einer Vorurteilung von Russland gewarnt, das gilt nun auch für Saudi-Arabien. Bei Russland hatte sich die internationale Gemeinschaft sehr früh entschieden, Hunderte von Diplomaten auszuweisen. Wenn man das vergleicht mit dem Fall Khashoggi, passiert in dieser Hinsicht plötzlich gar nichts. Derartige doppelte Standards darf man sich nicht leisten, wenn man glaubwürdig sein will, als Regierung nicht, aber auch nicht als Opposition.



Stefan Liebich  
Außenpolitischer Sprecher  
der Fraktion DIE LINKE. im  
Bundestag

### +++ Kurz aus dem Kiez +++ Kurz aus dem Kiez +++ Kurz aus dem Kiez +++

#### > Queeres Jugendzentrum

Im September 2018 eröffnete das berlinweit erste queere Jugendzentrum in der Sonnenburger Straße in Prenzlauer Berg. Es bietet lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen sowie queeren und transgener Jugendlichen eine Anlaufstelle mit Beratungs- und Informationsangeboten wie auch einen geschützten, diskriminierungsfreien Raum.

Gemeinsam mit der SPD forderte die Linksfraktion das Bezirksamt auf, diese in Berlin einzigartige Einrichtung bekannter zu machen. Dazu sollen in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren, Bibliotheken, Flüchtlingsunterkünften und in den Gebäuden des Bezirksamtes Informationsmaterialien ausgelegt und auf der Internetseite des Bezirksamtes auf das queere Jugendzen-



trum hingewiesen werden. Dies ist eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung für die von Diskriminierung betroffenen Jugendlichen.

#### > Solardach

Die Fraktionen von CDU und LINKE hatten bei der Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im September beantragt, dass im Zuge der Sanierungsmaßnahmen auf dem Bezirksamtsgelände in der Fröbelstraße auf den Dächern der Bürodienstgebäude Solaranlagen installiert werden. Nach Beratung im Ausschuss für Immobilien und Finanzen wurde der Antrag in der BVV im Oktober beschlossen. Wir hoffen, dass die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH diesen Auftrag ernsthaft prüft und umsetzt.

## Kollwitzstraße 2

### Hindert Teilverkauf das Vorkaufsrecht?

Schon seit dem Herbst 2014 kämpft eine Hausgemeinschaft mitten im Prenzlauer

zunehmende Verwahrlosung und der Leerstand ein ständiges Ärgernis waren.



Eckhaus Kollwitzstraße 2 / Saarbrücker Straße 17

Berg um den Erhalt seines denkmalgeschützten Hauses im Milieuschutzgebiet Kollwitzplatz. Nach anfänglichen Investorenträumen um die 6.500 Euro pro Quadratmeter und Penthouse-Loft mit Whirlpool war es um das Haus ruhiger geworden. Auch wenn für die Bewohner\*innen die

Nach nunmehr vier Jahren kommt wieder Bewegung in das Projekt. Offensichtlich hat ein Eigentümer seinen Anteil an der Immobilie veräußert und das Stadtentwicklungsamt von Stadtrat Kuhn (Grüne) um Erteilung eines Negativtestates angefragt. Mit einem solchen Antrag beginnt

die zweimonatige Frist zur Anwendung des Vorkaufsrechtes in den Milieuschutzgebieten. Im Fall der Kollwitzstraße 2 hat das Bezirksamt erste Schritte in diese Richtung veranlasst. Leider hat es auch voreilig die Mieter\*innen in die Pflicht genommen, sich auf „freiwillige Mieterhöhungen“ einzurichten. Bereits die Ausübung des bezirklichen Vorkaufsrechtes für die Gleimstraße 56 war mit Mietsteigerungen für die Mieter\*innen verbunden.

Die Hoffnung auf ein Vorkaufsrecht könnte trügerisch sein, da hier nicht das ganze Haus, sondern nur ein Anteil von ca. 80 Prozent veräußert werden soll. Ob hier ein Vorkauf überhaupt in Frage kommt und sich eine landeseigene Gesellschaft findet, die in ein solches Projekt einwilligt, ist unklar. Wir können nur hoffen, dass für



die Betroffenen ein verantwortungsvoller Weg beschritten wird und eine langfristige Lösung zu Stande kommt.

Fred Bordfeld  
Bezirksverordneter

## Kissingenviertel

### Erhaltungsverordnung wird geprüft

Derzeit hat Pankow 13 soziale Erhaltungsgebiete. Sie sollen die Mieter\*innen vor Luxussanierungen und erheblichen Mietsteigerungen schützen.



Kissingenstraße / Neumannstraße

Das Bezirksamt soll jetzt prüfen, ob für das Kissingenviertel die Voraussetzungen

und die Notwendigkeit einer städtebaulichen Erhaltungsatzung vorliegen. Dazu soll das Gebiet zwischen Granitzstraße, Berliner Straße, Binzstraße und Prenzlauer Promenade untersucht werden. Das hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Initiative von SPD und LINKEN beschlossen.

Die Gründe sind schützenswerte städtebauliche Besonderheiten. Das Kissingenviertel hat eine klare städtebauliche Struktur aus unterschiedlichen Errichtungsepochen mit größeren Grün- und Freiflächenbereichen bei den Zeilen- und Gründerzeitbauten sowie weitläufige Innenhöfe bei geschlossener Baustruktur. Die Planungen

zum Rangier- und Güterbahnhof Pankow sehen nördlich der Granitzstraße eine deutlich höhere und dichtere Bebauung vor. Daraus wird sich ein Investitionsdruck ergeben, der zu einer städtebaulichen Überformung des Kissingenviertels führen kann, bspw. zur Aufstockung von Gebäuden. Deshalb ist frühzeitig zu prüfen, ob das Kissingenviertel durch eine städtebauliche Erhaltungsverordnung geschützt werden kann.



Während die Mehrheit der BVV gute Gründe dafür sah, lehnte die CDU-Fraktion eine Prüfung stadtplanerischer Maßnahmen ab.

Matthias Zarbock  
Vorsitzender der  
Linksfraktion

## > #Unteilbar

Bei strahlendem Sonnenschein zogen am 13. Oktober über 242.000 Menschen mit der #Unteilbar-Demo durch Berlin. Was für ein wunderbarer Tag für die Demokratie, den Kampf gegen Rassismus und für eine solidarische Gesellschaft! Die unterschiedlichsten Menschen waren dabei.



Und haben gezeigt, es ist möglich, ihre verschiedenen Kämpfe zu vereinen: ob für die Rechte von Geflüchteten oder queeren Menschen, für bezahlbare Wohnungen, für gute Pflege oder gegen Überwachung. Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden.

Angesichts des erstarkenden Rechts-extremismus und einer bürgerlichen Mitte, die sich von AfD und Co. durchs Dorf treiben lässt, kann der riesige Erfolg von #Unteilbar für uns Linke als Zeichen der Hoffnung, vielleicht sogar eines Aufbruchs links der Mitte gesehen werden. Neben hunderten Organisationen haben auch SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE an der Demo teilgenommen. Auf den Aufruf von #Unteilbar konnten wir uns alle einigen. Und das nicht, weil er beliebig gewesen wäre, sondern weil er die Gemeinsamkeiten betonte: für eine offene Gesellschaft, Solidarität und Menschenrechte. Würden alle drei Parteien diese Inhalte zur Leitlinie ihrer politischen Strategie machen, gäbe es die Chance auf Rot-Rot-Grün im Bund. Ich bin dafür, es zu versuchen.

Udo Wolf

Vorsitzender Linksfraktion Berlin

## > Werde Mitglied!

Die Betriebskostenabrechnung flattert ins Haus, der Vermieter kündigt eine Modernisierung an, in den Ecken schimmelt's oder das Ende des Mietverhältnisses droht. Da rutscht einem das Herz in die Hose. Das gilt erst recht für diejenigen, die wenig Geld in der Tasche haben. Guter Rat ist



teuer. Auch bei Mietervereinen muss ein Mitgliedsbeitrag gezahlt werden. Geld, das Menschen, die „Hartz IV“, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, oft nicht haben.

Damit auch diese Menschen sich beraten lassen und gegen unberechtigte Forderungen des Vermieters wehren können, können sie Mitglied in einem Mieterverein werden. Ab 1. Januar 2019 werden die Mitgliedsbeiträge zunächst für zwei Jahre vom Jobcenter bzw. Sozialamt getragen. Das regelt die neue Ausführungsvorschrift Wohnen (AV Wohnen).

Dazu muss ein mietrechtlicher Beratungsbedarf vorliegen. Einige Beispiele dazu sind oben genannt. Wenn ein solcher Beratungsbedarf besteht, dann muss beim Jobcenter bzw. Sozialamt vorgeschrieben werden. Die Leistungsbehörde erteilt dann das Ok für die Mitgliedschaft. Und dann Mitglied im Mieterverein werden!

Ab 1. Januar 2019 verändern sich auch die Grenzwerte für Heizkosten, die maximal vom Jobcenter bzw. Sozialamt übernommen werden. Die Grenzwerte für Gas und Fernwärme sinken leicht. Die Heizkosten für Heizöl steigen dagegen.

Sandra Brunner

## > Geldsegen

1,2 Milliarden Euro. Dieses satte Plus erwartet das Land Berlin nach der jüngsten Steuerschätzung. Das macht einiges möglich. Rot-rot-grün in Berlin hat sich deshalb in Bezug auf die Verwendung der Überschüsse für das Jahr 2019 auf einen Nachtragshaushalt verständigt.



Die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Carola Bluhm sagte dazu: „Die Zahlen der neuen Steuerschätzung stellen ein sehr gutes Ergebnis für Berlin dar. Mit dem Einnahmeplus kann Rot-Rot-Grün weiterhin nachhaltige Haushaltspolitik verwirklichen. Wir können die öffentliche Infrastruktur sanieren und das öffentliche Eigentum schützen und ausbauen, insbesondere durch kluge Rücklagenbildung und eine ausreichende Finanzierung für die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten und einer intensiven Flächenankaufspolitik.“ In der Debatte sind insbesondere mehr Geld für den Schulbau, ein höherer Landesmindestlohn, steigende Einkommen für die Landesbediensteten, Geld für den Ankauf von S-Bahn-Wagen, den Ankauf und Bau von leistbaren Wohnungen durch die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sowie zum Flächenankauf, damit Wohnungen und soziale Infrastruktur wie Kitas auf öffentlichem Grund entstehen können. Auch Schulden sind aus den Überschüssen zu tilgen.

Die genaue Verteilung der Überschüsse wird jetzt debattiert. Das Abgeordnetenhaus soll noch bis Jahresende dazu einen Beschluss fassen.

Die Redaktion

# 100 Jahre Frauenwahlrecht

Der Ausschuss für Gleichstellung, Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung, Verwaltungsmodernisierung brachte in die 19. Be-



zirksverordnetenversammlung (BVV) den Antrag ein, anlässlich des 100. Jahrestages der Einführung des Frauenwahlrechts

in Deutschland den Großen Ratssaal im Rathaus Pankow nach Emma Ihrer zu benennen.

Emma Ihrer (1857 – 1911) lebte und arbeitete in Pankow. Sie engagierte sich insbesondere im Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen. 1890 wurde sie als erste Frau in die Generalkommission der Gewerkschaften in Deutschland gewählt und setzte sich als Herausgeberin der Frauenzeitschriften „Die Arbeiterin“ und „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“ für Gleichberechtigung ein. Gemeinsam mit Clara Zetkin forderte Emma Ihrer auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am

27. August 1910 das allgemeine Frauenwahlrecht. Im Ergebnis fand am 19. März 1911 der erste Internationale Frauentag als Kampftag für das Frauenstimmrecht statt. Am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland erstmals wählen und gewählt werden.

Die Festveranstaltung zur Benennung des Ratssaals wird anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2019 stattfinden. Die BVV beschloss den Antrag mit großer Mehrheit.



Tina Pfaff  
Bezirksverordnete

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

**19. November • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion** in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**21. November • 19 Uhr „Das Kind auf der Liste - Die Geschichte von Willy Blum und seiner Familie“**, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

**22. November • 19 Uhr Neumitgliedertreffen DIE LINKE. Pankow im Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf**; Komm einfach vorbei und lern' uns kennen.

**23. November • 18 Uhr „Migration: Europa zwischen Flüchtlingsabwehr und Integration“**, Diskussion mit Martina Michels (Mitglied des Europäischen Parlaments), Petra Pau (Bundestagsvizepräsidentin) und Katina Schubert (Vorsitzende DIE LINKE. Berlin), Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

**24. November • 11 Uhr „Europa anders machen!“**, Regionalkonferenz Ost der LINKEN zur Diskussion des Europawahlprogrammes, u.a. mit den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger, Sharehaus Refugio, Lenastraße 3-4 (Nähe U Hermannplatz)

**26. November • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion** in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**27. November • 10 Uhr „Abweichende Meinungen – Arnold Zweig in der DDR“**, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

**3. Dezember • 18 Uhr Basistag mit Stefan Liebich (Mitglied des Bundestages)**, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

**5. Dezember • 18 Uhr „Christa Wolf: Ein Tag im Jahr“**, Barbara Schnitzler liest aus den Tagebüchern von Christa Wolf, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe S Ostbhf.)

**• 19 Uhr „Gott wohnt im Wedding“**, Lesung und Gespräch mit Regina Scheer, Max-Lingner-Stiftung in Kooperation mit Helle Panke, Max-Lingner-Haus, Beatrice Zweig Straße 2 (Nähe Heinrich-Mann-Platz)

**10. Dezember • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion** in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**15./16. Dezember • 10 Uhr 7. Landesparteitag DIE LINKE. Berlin**, WISTA conventions Adlershof, Rudower Chaussee 17 (Nähe S Adlershof)

**7. Januar • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion** in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**DIE LINKE. hilft!**

**Sozial- und Mietenberatung**  
**Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf**

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77  
buergerbuerolinke@posteo.de  
Do 17-18 Uhr: 22.11. / 6.12. / 20.12.

**SPRECHSTUNDE**  
mit **Katrin Seidel**

**Dienstag, 4. Dezember, 12-13 Uhr**  
**im Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf**  
Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin,  
post@katrinseidel.berlin

**Wahlkreisbüro**  
**Stefan Liebich**

Breite Straße 11 A  
13187 Berlin-Pankow  
stefan.liebich@bundestag.de  
Tel.: 030.499 87 408 / 409

Ansprechpartner:  
Talita Gergely / Diren Yapar

**DIE LINKE.**  
**Bezirksverband Pankow**

Fennstraße 2, 13347 Berlin  
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)  
Tel.: 030 440 17 780  
Fax: 030 440 17 781  
bezirk@die-linke-pankow.de

**Linksfraktion in der**  
**BVV Pankow**

Bezirksamt  
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109  
Tel: 030 42 02 08 73  
Fax: 030 42 02 08 74  
kontakt@linksfraktion-pankow.de

# „Uns geht es so gut wie nie“, sagte sie. Und ging!

Sieht so aus als wäre Götterdämmerung im Merkel-Olymp. Was wird bleiben? Vielleicht eine ihrer zentralen politischen Leit-

Fakten“) der Kanzlerin immer wieder recht gibt. Dessen ehemaliger Chefredakteur Helmut Markwort ist ein emsiger Journalist, der in seinem Blatt



Foto: Sascha Kohlmann, Lizenz CC BY SA 2.0

sätze wie „Uns geht es so gut wie nie!“ Gemeint sind also alle Deutschen, angefangen von der Teilzeitkraft einer Reinigungsfirma bis hin zum Vorstandsvorsitzenden von Volkswagen, obwohl der ja gerade kein leichtes Leben hat.

Kann ja nicht so falsch sein, wenn selbst das Magazin Focus („Fakten, Fakten,

se sitzen an jeder dritte Ecke und vor den Sparkassenfilialen Bettler.

An einer Neuköllner S-Bahn-Haltestelle durchsuchen innerhalb von fünf Minuten drei Leute die Mülleimer nach Pfandflaschen, aber schon der erste findet keine mehr. Uns geht es so gut wie nie, weil wir Bettlern nichts mehr geben und das Pfand

immer selbst einlösen? Nein, grobe Statistiken sind grober Unsinn, weil sich verschiedene Mechanismen darin verstecken. Als Bill Clinton in den USA Präsident war, war dort ein T-Shirt beliebt mit dem Aufdruck „Clinton hat eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen! Ich habe drei davon!“. Und ich füge hinzu, dass es bei den Krauts genauso ist.

Oliver Schmitt

**Impressum**

Herausgeber: DIE LINKE.  
Bezirksvorstand Berlin Pankow  
Fennstraße 2, 13347 Berlin  
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de  
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Koch

Redaktionsschluß: 1. November 2018  
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin  
Auflage: 3.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 28. Januar 2019.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Sandra Kaliga, Hartmut Seefeld, Delia Hinz, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin  
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03  
BIC: DEUTDE33  
Bank: Berliner Bank  
Verwendungszweck: 505 - 810

★ leicht ★ **SUDOKU - Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

		4		9		1	3	7
9				6				
1	7	8						
	4		7		2			5
8	3	7						
				8	3	9		4
	8	1	3					
						4	1	2
	9		5		1			

		5							
			1		8			4	9
		6	3		4				8
							1	9	
			8		6				
6		1					2		
							9	2	
		4		2	3				
7	2				4				3

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.